

Keine einleuchtende Quintessenz

Frankreich nach den Regionalwahlen

Günter Mächler*

» Seit dem Machtwechsel von 2012 war keine Wahl so spannend und so heiß umkämpft wie diese. Aber wesentliche neue Erkenntnisse haben die *Régionales* nicht gebracht. Die Frage: „Wer oder was stoppt den *Front National*?“ bleibt vorerst unbeantwortet.

ELECTIONS REGIONALES 2015



Interrogations

Le résultat des élections régionales de décembre 2015 en France n'a guère apporté de réponses claires aux questions sur la politique française au lendemain des attentats. Une interrogation demeure : qui arrêtera la poussée du *Front National* ?

Réd.

Wenn die Stimmen ausgezählt sind und die Stunde der Deutung anbricht, greifen Journalisten und Analysten gern nach aussagekräftigen Bildern. Erdbeben, Zitterstöße, Klatsche oder Gelbe Karte sind beliebte Wortprothesen, die helfen sollen, das Wählerurteil kurz und knapp auf den Begriff zu bringen.

Diesmal sind die sonst so redseligen Experten sonderbar zugeknöpft. Gewiss, es gibt es eine Reihe von Auffälligkeiten, die das Nachdenken lohnen; es gibt Ergebnisse, über deren Wirkungen sich spekulieren läßt. Was dagegen fehlt, ist die einleuchtende Quintessenz. Die Dynamik des Zwei-Stufen-Wahlrechts hat, gekoppelt mit einem Sondereffekt, dazu geführt, dass das Wählervotum in der Auslegung vor allem eines ist: sibyllinisch.

Um mit dem Sondereffekt zu beginnen: Die *Régionales* waren Wahlen im emotionalen Ausnahmezustand. Drei Wochen vor dem ersten Wahlgang wurde Frankreich von einer Terrorwelle heimgesucht, die selbst den Horror der *Charlie-Hebdo*-Attentate überstieg. Hundertdreißig Tote, wahllos niedergemäht im Konzertsaal und auf Café-Terrassen: Frankreich, schwankend zwischen Wut und Angst, stand unter Schock. Nichts werde mehr so sein wie vorher, erklärte Ministerpräsident Manuel Valls. Was können Wahlen, die in einer derart aufgewühlten Atmosphäre stattfinden, überhaupt aussagen?

Der Ausgang der Wahlen widerlegte Valls' Prophetie. Wer mit extremen Skalenausschlägen gerechnet hatte, lag schief. Frankreichs Wählerinnen und Wähler stimmten unbeeindruckt vom Terror ab. Von Hysterie in der Wahlkabine keine Spur. Zwar legte der *Front National* (FN) zu, und die Wahlbeteiligung war höher als bei den letzten Regionalwahlen (plus 7 %). Aber die Veränderungen waren nicht signifikant genug, um ein unangreifbares Ursache-Wirkungs-Verhältnis zu begründen.

Am ehesten noch läßt sich das vergleichsweise gute Abschneiden der Sozialisten aus den Ereignissen des 13. November herleiten. Generell war mit einer abermaligen Ohrfeige für den PS gerechnet worden. Die Arbeitslosenzahlen waren gerade wieder in die Höhe geschossen, die Parteizentrale in der *Rue de Solferino* hatte, wie gewohnt, mit originellen Ideen gezeit. Was also sollte den PS vor einer weiteren krachenden Niederlage bewahren?

* Dr. Günter Mächler ist freier Journalist und Autor.

Die Antwort gab der Vorsitzende der Partei, François Hollande, in Person. Der bisher über weite Strecken glücklos operierende und zaghaft wirkende Präsident der Republik zeigte sich in der Krise entschlossen und zupackend. Frankreich befinde sich im Krieg, erklärte er unmittelbar nach den Schlägen der islamistischen Terroristen und setzte damit die Überschrift für ein umfangreiches Paket von Sofortmaßnahmen, angefangen von der Verhängung des (befristeten) Ausnahmezustands (*état d'urgence*), über die Verstärkung des militärischen Einsatzes gegen den Islamischen Staat (*Daesch*) bis hin zu durch den *état d'urgence* gedeckten Verfahrensänderungen, die eine effektivere Verfolgung und raschere Aburteilung von Straftätern ermöglichen. Die sprunghaft ansteigenden Popularitätswerte des bis dahin außerordentlich unpopulären Präsidenten offenbarten, dass Hollande wenigstens dieses eine Mal dem Bild entsprach, das die Franzosen von einem Staatsoberhaupt ihres Vertrauens haben.

Die Stunde der Not ist die Stunde der Exekutive. François Hollande und seine Regierung unter Manuel Valls nutzten die Chance. Die gut 23 %, die die Präsidenten-Partei im ersten Wahlgang der Regionalwahlen einfuhr, konnten zwar an der Tatsache nichts ändern, dass die Sozialisten achtzehn Monate vor der nächsten Präsidentenwahl nur Platz drei unter den politischen Kräften des Landes einnehmen, stoppten aber ein weiteres Abrutschen ins demoskopische Jammertal.

Den Schaden davon hatten die Republikaner und die mit ihnen verbündeten Parteien des Zentrums. Anders als der *Front National*, der immerhin behaupten konnte, durch die Terrorwelle in seinen Vorhersagen bestätigt worden zu sein, und ohne die Möglichkeit, sich durch Handeln hervorzutun, blieb die „blaue Welle“, die die Optimisten im Lager der bürgerlichen Rechten erhofft hatten, aus. Die vom Ex-Präsidenten Nicolas Sarkozy angeführte Opposition konnte nicht an die zuletzt errungenen Erfolge anknüpfen und musste sich hinter dem FN mit Platz zwei in der Wählergunst begnügen.

Erfolg und Mißerfolg lagen indes schon im ersten Wahlgang näher beieinander, als sich dies die Lautsprecher der Parteizentralen gewünscht hätten. Die Rechtsextremen vor der bürgerlichen

Rechten, die bürgerliche Rechte vor den Sozialisten – das war im Vorfeld von nahezu allen Beobachtern erwartet worden. Im zweiten Wahlgang erhielt die interpretatorische Freiheit einen noch größeren Raum. Die Ja-Aber-Formel wurde zum Reim, der zum Abschneiden jeder Parteigruppierung passte.

Das Ja-Aber der Sozialisten: Bei den letzten Regionalwahlen 2010 (damals gab es noch 22 Regionen) hatten sie mit der Ausnahme einer einzigen Region *tabula rasa* machen können. Jetzt freuten sie sich darüber, dass die Farbe Rot künftig überhaupt noch auf der politischen Landkarte zu sehen ist. In fünf von zwölf Regionen hatten die Sozialisten am Ende die Nase vorn.

Das Ja-Aber der bürgerlichen Rechten: Sie gewann zwar die meisten Regionen, darunter die prestigeträchtige Ile de France. Allerdings konnten sich ihre Spitzenbewerber Xavier Bertrand und Christian Estrosi in den besonders umstrittenen Regionen Nord-Pas de Calais-Picardie und Provence-Alpes-Côte d'Azur gegen die FN-Kandidaten Marine Le Pen und Marion Maréchal-Le Pen nur dank der Schützenhilfe der Sozialisten durchsetzen, die ihre aussichtslosen Kandidaten zurückzogen. In sieben von zwölf Regionen haben künftig die Bürgerlichen das Sagen. Damit blieb man deutlich hinter dem erhofften monochromen Blau zurück.

Das Ja-Aber des *Front National*: Wie Sozialisten und Republikaner konnten sich die Frontisten aussuchen, ob ihr Glas halb voll oder halb leer war. Leer gingen sie tatsächlich aus, wenn man ihren Erfolg allein daran mißt, ob sie die eine oder andere Region erobern konnten. Sie selbst hatten sich in ihren Hochburgen im Norden und im Süden (Nord-Pas de Calais-Picardie und Provence-Alpes-Côte d'Azur) beste Chancen ausgerechnet. Am Ende lautete ihr Resultat null, und das, obwohl sie im zweiten Wahlgang noch einmal Stimmen zugelegt hatten. Knapp sieben Millionen Wählerinnen und Wähler machten ihr Kreuzchen auf den Listen des FN.

Die Enttäuschten sprachen von Verschwörung und Ausgrenzung. Richtig ist, dass der FN auch dieses Mal dem Wahlrecht Tribut zollen musste, das aufgrund seiner Zweistufigkeit denjenigen prämiert, der bereit und in der Lage ist, starke

Bündnisse zu schließen. Das ist dem FN bisher noch nie gelungen, was seine Logik hat: Da die Lepenisten damit werben, dass sie das „System“ der Fünften Republik zerstören wollen, können sie von den Kräften des „Systems“ schwerlich Handlangerdienste erwarten.



Die Frage, wer oder was den weiteren Vormarsch des *Front National* bremsen kann, bleibt ungelöst. Seit langem surft die Bewegung *bleu marine* auf einer Erfolgswelle. In der Ära Sarkozy baute sie die Zustimmung um 7 % aus. Seit François Hollande am Ruder ist, legte sie weitere 11 % zu. Trotzdem ist der FN bisher lediglich in einigen Städten und Gemeinden durch Bürgermeister repräsentiert, nicht aber auf der Ebene der Départements und der Regionen. Rein rechnerisch wird Marine Le Pen aus der selbstgestellten Systemfalle erst dann herauskommen, wenn es der FN schaffen sollte, seinen Stimmenanteil auf mehr als 50 % auszudehnen. Das ist noch ein langer Weg. Bis dahin gleicht die FN-Chefin einer Sportlerin, die immer neue Rekorde erzielt, ohne jemals zu siegen.

Denn die *barrage* (wortwörtlich das Stauwerk, das heißt die Verhinderung des FN) hat bisher noch immer funktioniert. Sie funktionierte bei der Präsidentenwahl 2002, als die Sozialisten in der Stichwahl für den Neogaullisten Jacques Chirac votierten. Sie funktionierte jetzt wieder in Nord-Pas de Calais-Picardie und in Provence-Alpes-Côte d'Azur. Entschärft wurde dadurch die Herausforderung der rechtsextremen Hochflut nicht, meint der Kolumnist Alexis Brézet: „*Der Damm hat gehalten, aber der Wasserstand wurde nicht gesenkt.*“

Neue Rezepte tun not, und damit tun sich die beiden großen Lager, die von sich sagen, daß sie die Republik seien, gleichermaßen schwer. Nicolas Sarkozys Stellung im nun beginnenden inter-

nen Wahlkampf um die Kandidatur für 2017 ist durch die *Régionales* nicht gestärkt worden. Zwei Tage nach Schließung der Wahllokale musste sich der ehemalige Staatspräsident von Meinungsforschern (TNS *Sofres*) sagen lassen, dass Alain Juppé der chancenreichere Kandidat für das Mitte-Rechts-Lager sei. Der Bürgermeister von Bordeaux sitzt derweil in der Zuschauerloge und beobachtet, wie Nicolas Sarkozy mit mehr oder weniger Erfolg versucht, die zahlreichen Vizekönige in der Führung der Republikaner zu domestizieren. Bei der Vizekönigin Nathalie Kosziusko-Morizet, seiner Stellvertreterin, misslang der Versuch: Nach Kritik an seinen taktischen Vorgaben für den zweiten Wahlgang setzte Sarkozy „NKM“ den Stuhl vor die Tür.

Taktik vor Rezepten

Diese Priorität scheint auch für François Hollande zu gelten, der genauso wie sein Vormieter im *Elysée* fest entschlossen ist, 2017 wieder anzutreten. Helfen soll ein breites Bündnis, das die diversen Linksgruppierungen inklusive der *Ecolos* einschließen und nach Möglichkeit noch darüber hinaus reichen soll. Beflügelt von dem Respekt, der ihm nach den Ereignissen des 13. November zuge wachsen ist, will François Hollande als Leitfigur eines großen *rassemblement* das Loch auspolstern, das in seiner innenpolitischen Bilanz klapft: Die Arbeitslosigkeit in Frankreich wächst. In der bisherigen Amtszeit Hollandes sind noch einmal 700 000 Jobsuchende hinzugekommen; eine Trendwende ist nicht in Sicht.

Rassemblement ist das Zauberwort. Alle wollen die Sammlung, jeder für sich. Ob die Wähler das Spiel mitspielen, bleibt abzuwarten. „*Unser System ist tiefgefroren*“, urteilt der Demokratieforscher Michel Wieviorca, der im Wunsch nach Veränderung die Hauptaussage der Regionalwahlen sieht. Ganz ohne Echo scheint dieser Wunsch nicht geblieben zu sein. „*Wir können nicht mehr weitermachen wie bisher*“, erklärte Jean-Christophe Cambadélis, Parteivorsitzender der Sozialisten, unmittelbar nach der Wahl. Denselben Standpunkt vertrat für die Republikaner Bruno Le Maire, ein konservativer Reformist: „*Uns bleiben wenige Monate um zu zeigen, dass wir die Chance für Frankreich sind.*“